



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/II/279 - 4. Dezember 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-33

Fernschreiber 0886890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Zur Rückkehr Ollenheuers	S. 1
Neue Perspektiven	S. 2
Zur Düsseldorfer Tagung sozialdemokratischer Parlamentarier	S. 4
Die SPD-Saar und der Heimatbund	S. 5

## Eine Reise für Frieden und Völkerverständigung

Der Auf dem Höhepunkt des Suez- und Ungarn dramas, als die Welt der Eisenschauch eines Absturzes in den Abgrund spürte, hat es viele Stimmen in der deutschen Öffentlichkeit gegeben, die es bedauerten, dass ein so profiliertester Politiker wie Erich Ollenheuer ausserhalb des Landes verbleibe. Diese Stimmen, darunter viele besorgte, wurden auch Erich Ollenheuer bekannt, aber er selbst konnte die Gründe am besten beurteilen, die ihn bewogen, seine Erkundungsfahrt durch Asien fortzusetzen. Sie galt der Fühlungnahme mit den politisch wichtigen Persönlichkeiten und Strömungen in diesem Teil der Erde, in dem fast die Hälfte der Menschen wohnen. Erich Ollenheuer und seine Begleitung taten gut daran, die Reise nicht zu unterbrechen. Mit einem reichen Schatz an einmaligen Erfahrungen, Einsichten und neuen Erkenntnissen betritt der Vorsitzende der SPD nach sechswöchiger Abwesenheit wieder den Heimatboden. eines herzlichen Empfangs kann er gewiss sein.

Noch lässt sich die Ernte dieser Reise nicht abschätzen, noch nicht die Strahlungskraft aus der Fülle der Begegnungen mit führenden asiatischen Staatsmännern und Politikern ganz einschätzen. Einige unmittelbare Wirkungen sind freilich jetzt schon zu verzeichnen. Wenn die Konferenz der Colombo-Staaten jede Aggression, wo immer sie auch erblühe und von wem sie auch immer ausgehe, als Gefährdung des Weltfriedens brandmarkte, so ist das wohl ein Niederschlag der Gespräche und Diskussionen Ollenheuers und seiner Freunde. Wenn in diesem Teil der Erde nun das Verständnis für die Wichtigkeit und Dringlichkeit der deutschen Wiedervereinigung als eine notwendige Stufe der allgemeinen Friedenssicherung in der Welt wächst, so ist dies das Ergebnis unzähliger Unternehmungen. Höhepunkt und Abschluss dieses politischen Unternehmens waren wohl die Begegnung mit Nehru, jener überragenden Persönlichkeit, deren Gewicht und Anziehungskraft niemand in dieser gespaltenen Welt sich entziehen kann.

Heute kann kein Volk allein mit seinen Sorgen fertig werden oder seine Probleme nur im Umgang mit seinen unmittelbaren Nachbarn lösen. Die gegenseitige Abhängigkeit und innige Verflechtung der Völker untereinander erfordert ständige Kontakte der führenden Staatsmänner und Politiker über den ganzen Erdball hinweg. Unternehmungen wie die grosse Asienreise des deutschen Oppositionsführers mögen heute manchen noch ungewöhnlich erscheinen, obwohl sie fast schon zum täglichen Brot in der Technik des Zusammenlebens der Völker geworden sind.

### Amerikas veränderte Position

BR. Nicht immer künden sich aussenpolitische Umstellungen im Weltmasstab so dramatisch an, wie es durch die Paukenschläge "Ungarn" und "Ägypten" geschah. Die neue Entwicklung, die vor rund sieben Wochen zum ersten Mal weithin in Erscheinung trat, hat inzwischen mehrere Stadien durchlaufen. Dabei liegt es in der Natur der Sache, dass die verschiedenen grossen politischen Lager - die USA, die Sowjetunion, die asiatisch-afrikanische Kräftegruppe und schliesslich die britisch-französische entente coloniale - auch verschiedene Schlussfolgerungen daraus gezogen haben. Alles das ist in vollen Fluss. Es hat viele Schocks und Überraschungen gegeben, in erster Linie im russischen wie im britisch-französischen Verhalten, aber auch, unter ganz anderen Vorzeichen, in der amerikanischen Politik.

Dabei wird von Tag zu Tag deutlicher, dass es sich bei dem Wandel in der amerikanischen Grundauffassung von den vordringlichen aussenpolitischen Notwendigkeiten um sehr viel mehr handelt, als um ein Wieder-Tritt-fassen nach dem unsicheren Stolpergang der Vorwahlzeit. Von der mit überzeugendem Nachdruck durch das amerikanische Volk bestätigten obersten Spitze im weissen Haus geht der Wille zu einer Aussenpolitik aus, die entschlossen zu sein scheint, neue Gegebenheiten auch als neue Grundlage für ihr Handeln anzuerkennen. Das heisst nicht: radikaler Bruch mit der bisherigen Konzeption, aber es bedeutet Anpassung und Wandlungsfähigkeit, gepaart freilich mit einem guten Schuss gesunden Argwohns. Wie fast immer am Beginn solcher neuen Abschnitte findet auch diese Veränderung ihren Ausdruck sowohl in vorsichtiger amtlichen Handlungen und Äusserungen, als auch in kühneren Vermutungen und Überlegungen solcher Stellen, die eben keine amtliche Verantwortung zu tragen haben. Dazu gehören in erster Linie die grossen politischen Zeitungen, die es sich immer leisten konnten, früher auszusprechen, was ist.

Diese neue amerikanische Position heisst:

Keinerlei Blanko-Abhängigkeit von den Wünschen und angeblichen Notwendigkeiten des britischen und französischen NATO-Partners, bei aller Verständnis für deren besondere Situation und Interessen; heisst:

Friedenssicherung und Interessenausgleich speziell im Nahen Osten, unter gleichzeitiger entschiedener Wahrung berechtigter Interessen der westlichen Welt in diesen Gebieten; heisst weiter:

Gesprächsfortführung mit den Russen, besonders über das Abrüstungs-

4. 12. 1956

problem, aber auch über sehr viele andere Fragen; heisst schliesslich:

Ausbau des durch die Politik der letzten Wochen gewonnenen Ansehens der eigenen Regierung in der asiatisch-afrikanischen Welt. Das Schwergewicht des amerikanischen Interesses hat sich damit wieder einmal zum asiatischen Raum hin verschoben, trotz aller beruhigenden Erklärungen an den vertrauten europäischen Verteilerkreis.

Zunächst wird einmal Nehru zu einem ausserordentlich wichtigen politischen Besuch in den USA erwartet. Die Möglichkeit einer Vermittlung Nehrus im alten amerikanisch-chinesischen Streit um die Aufnahme des kommunistischen China in die UNO bietet sich jetzt an, wobei es vielleicht genügen könnte, dass Washington sich mit dieser Aufnahme abfindet, wenn es ihr schon nicht zustimmt. Vielleicht wird später auch Eden auf seinem Rückflug aus seinem Erholungsurlaub in Washington vorbeikommen und doch noch das Gespräch führen, das man ihm zunächst verweigert hatte. Das alles zeigt, wie sehr und wohin sich die Akzente verschoben haben.

Natürlich wäre es absurd, anzunehmen, das amerikanische Interesse an Europa habe aufgehört. Aber die Kreise in den USA sind grösser und einflussreicher geworden, die meinen, man dürfe diesem Interesse an Europa nicht einfach dadurch dienen wollen, dass man alte Formeln wiederholt und eine abgestandene, schal gewordene Medizin bereithält, deren heilende Kraft längst verschwunden ist, wenn sie überhaupt jemals vorhanden war. Der Ausbau der NATO allein wäre ein solches Rezept. Deshalb das wachsende amerikanische Interesse einer gestärkten UNO und an einem europäischen Sicherheitssystem, deshalb die zahlreichen Überlegungen und einstweilen unverbindlichen Vorschläge zu diesem Thema. Sicher kommt ihnen dabei die Entwicklung der letzten Zeit, wie sie etwa in Polen stattgefunden hat, entgegen, zumal die Russen selbst kaum annehmen werden, dass sie, einmal in Gang gekommen, auf die Dauer wieder rückgängig gemacht werden kann.

Diesen Prozess in aller Ruhe reifen zu lassen, statt ihn, mit dem Risiko einer gewaltsamen Unterbrechung und eines bösen Rückschlages, zu forcieren, sollte im wohlverstandenen Interesse des Westens liegen. So ist bereits wieder das Wort von cordon sanitaire an den Westgrenzen der Sowjetunion aufgetaucht, also eines Gürtels von Staaten ausserhalb der westlichen oder östlichen Einflussphäre. Und man erinnert sich, dass die allzählige Lockerung und schliessliche Zerstörung dieses Riegels in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg mit dazu beigetragen hat,

den viel schlimmeren zweiten auszulösen.

Die Frage nach dem Verhalten der Bundesregierung in diesem welt-politischen Umbruch ist unabweisbar gestellt. Es gibt im Grunde nur zwei Wege: die neu sich anbahnende Entwicklung "ständig auf das Sorgfältigste zu prüfen", wie es der Bundesaussenminister zugesagt hat, dabei aber unentwegt die alten Rezepte zu empfehlen, die sich als wirkungslos erwiesen haben. Oder, über die Analyse hinaus, sich auch mit neuen Schlussfolgerungen und Aktivitäten den veränderten Verhältnissen anzupassen und sich aus eigener Initiative in das internationale Gespräch einzuschalten. Denn gerade für das wichtigste deutsche Anliegen, die Wiedervereinigung, müsste die allgemeine Tendenz zu einer Neubewertung der internationalen Situation genützt werden. Andernfalls könnte die so oft beschworene Gefahr Wirklichkeit werden, dass ein grosses allgemeines Arrangement getroffen wird, die Not der deutschen Spaltung aber bleibt.

+ + +

#### Für eine gesicherte Zukunft

PAP. Der Münchener Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Juli 1956 war nicht zuletzt deshalb in In- und Ausland sehr beachtet worden, weil er sich in zwei grossen Referaten und in einer ausführlichen Diskussion mit der Zweiten Industriellen Revolution, nämlich mit der Atomenergie und der elektronischen Phase der Automatisierung ("Automation") des gesellschaftlichen Produktionsprozesses beschäftigte.

Die vom Parteitag angenommene Entschliessung zu dem vom Parteivorstand und Parteiausschuss vorgelegten Antrag Nr. 100, "Die Zweite Industrielle Revolution", stellte sieben Forderungen heraus. Der Parteitag beauftragte den Parteivorstand, "mit grösster Energie an die Verwirklichung dieser Forderungen zu gehen". Die sieben Forderungen verlangten: eine ständige Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklung durch einen unabhängigen Forschungsrat und ein besonderes Institut für die Erarbeitung praktischer Vorschläge zur Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Probleme; ein umfassendes Programm zur Förderung von Wissenschaft und Forschung; ein Programm für Begabtenauslese und Begabtenförderung; verstärkte Förderung des technischen Nachwuchses; An-

passung unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung an die Bedingungen der Zweiten Industriellen Revolution; politische Bildung des ganzen Volkes; eine europäische Forschungsgemeinschaft und europäische Zusammenarbeit zur Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses, sowie ausreichende Studienplätze für Studenten aus den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten.

Um dem ihm vom Parteitag gegebenen Auftrag nachzukommen, hat der Parteivorstand der SPD auf den 7. und 8. Dezember 1956 eine Konferenz in das Landtagsgebäude von Düsseldorf einberufen. In dieser Konferenz wird der Parteivorstand rund dreihundert sozialdemokratischen Parlamentariern aus Bund und Ländern die inzwischen unter seiner Leitung erarbeiteten Vorschläge unterkreiten, die den sieben Forderungen der vorgepannten Entschliessung gerecht werden sollen. Werden diese Vorschläge von den in Düsseldorf sich versammelnden Delegierten der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen gebilligt, dann werden sie als Empfehlungen und Richtlinien an alle Mitglieder, Gliederungen und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands weitergegeben.

Der Münchner Parteitag der SPD hatte der Öffentlichkeit noch einmal deutlich gemacht, dass diese Partei tatsächlich die einzige unter den deutschen Parteien ist, die das elementare und allgemeine Interesse des deutschen Volkes in Gegenwart und naher Zukunft wahrt. Die bundesrepublikanische Wählerschaft hat in den Kommunalwahlen der Länder Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sowie Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gezeigt, dass sie gewillt ist, dem Aufruf des Münchener Parteitags der SPD zu folgen, mit dem dessen Entschliessung "Die Zweite Industrielle Revolution" endet: "Gebt der Sozialdemokratie die politische Führung in eine neue Zeit!"

+ + +

#### Klarstellung an der Saar

G. H., Saarbrücken

Viele Spekulationen, ob die SPD Landesverband Saar denn nun aus dem sogenannten Heimatbund auszutreten gedenke oder nicht, wurden durch die Erklärungen von Kurt Conrad und Friedrich Regitz, den beiden wiedergewählten Vorsitzenden der SPD, Landesverband Saar, auf dem am letzten Wochenende in der Wartburg, Saarbrücken, stattgefundenen ersten ordentlichen Parteitag der SPD Saar gegenstandslos. Kurt Conrad verlangte,

dass zusammen mit der kommenden Bundestagswahl an der Saar auch ein neuer Landtag gewählt werden muss, der sich nicht, wie das bei der noch unter dem Eindruck der Volksabstimmung über das Saarstatut stehenden Landtagswahl vom 18. 12. 1955 der Fall war, nach rein nationalen Gesichtspunkten zusammensetzt. Friedrich Regitz ergänzte, dass sich die SPD-Landtagsfraktion vom ersten Tage ihrer Arbeit darüber klar gewesen sei, dass ihre Politik - bei aller Würdigung der noch zu erfüllenden Aufgaben und bei aller Respektierung der Verbundenheit mit anderen Parteien aus dem gemeinsamen Kampf gegen das Statut - nicht in erster Linie Heimatbundpolitik, sondern sozialdemokratische Politik sein muss.

Damit ist klargestellt, dass der Heimatbund keine Institution war und ist, die aufgelöst oder erhalten werden muss. Der Begriff Heimatbund kam zu einem Zeitpunkt auf, als es galt, sich klar gegenüber einem Regime zu unterscheiden, das die Saar von der Bundesrepublik zu trennen gedachte. Nachdem die Bevölkerung diesen Bestrebungen ihre Stimme versagte, nachdem die politische Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik zum 1. Januar 1957 und die wirtschaftliche Eingliederung 1960 gesichert sind, nachdem die grossen Parteien ihren Anschluss an die entsprechenden Parteien der Bundesrepublik schon längst vollzogen haben, ergibt sich daraus auch zwangsläufig die einzig mögliche Folgerung, in der Verwirklichung der politischen Zielsetzung entsprechend der Bundesrepublik zu verfahren. Mit anderen Worten: Die SPD Landesverband Saar ist Teil der Sozialdemokratischen Partei, sie vertritt deren Programm und keine Gruppeninteressen kleiner Splitterparteien, wie das die DPS im Rahmen der Bundesrepublik zweifellos ist.

Wiederholt hatte Dr. Schneider versucht, die Existenz der an der Saar gebildeten Koalition (SPD, CDU, DPS) von der Existenz des Heimatbundes abhängig zu machen. Friedrich Regitz erklärte dazu, dass die Koalition für die SPD keine Frage des Prinzips, sondern der Taktik sei. Kurt Conrad führte die ungezählten Äusserungen insofern auf ihren eigentlichen Ursprung zurück, wenn er sagte, dass der Wunsch des DPS-Vorsitzenden Dr. Heinrich Schneider, sich hinter den Heimatbund zu verstecken, der Angst entspringt, nach der vollzogenen Eingliederung der Saar an die Bundesrepublik im politischen Nichtsland zu stehen.

+ + +

---

Verantwortlich: i. V. Albert Exler